

Perspektiven

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin**

Band (Jahr): **27 (2020)**

Heft 299

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Perspektiven

Sve u redu – alles in Ordnung?
Eine gezeichnete Flaschenpost aus
Belgrad. Von Lika Nüssli

34

Antritt: Laura Bucher, St.Galler SP-
Regierungsratskandidatin, im Interview
über Gesundheitspolitik und den Zustand
ihrer Partei. Von Roman Hertler

36

Abgang: Der St.Galler Kantonsbaumeister
Werner Binotto geht in Pension.
Und erklärt die Liegenschafts-Strategie
des Kantons in der Hauptstadt.
Von René Hornung

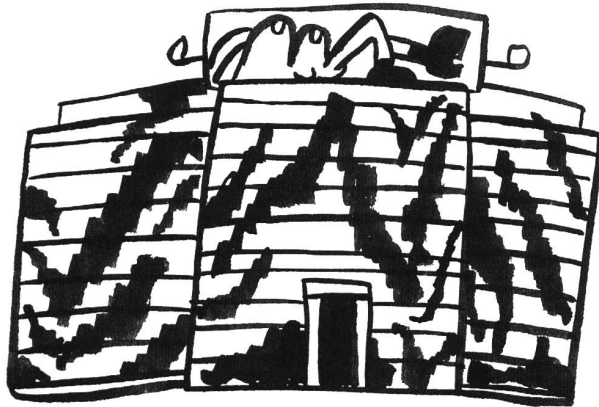
40



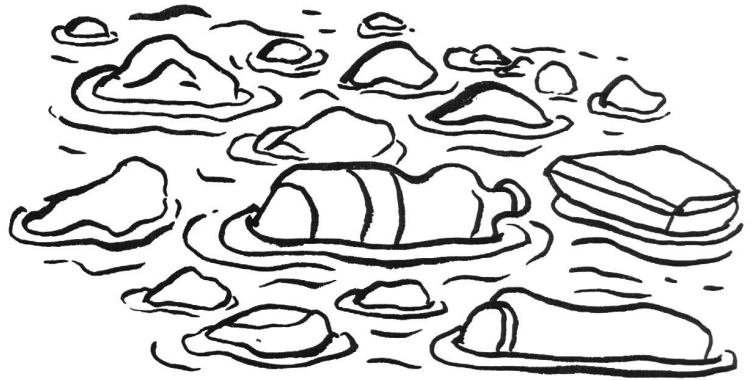
HALLO, HALLO!
ICH BIN HIER
IN BELGRAD,
SERBIEN.
ICH BIN
KÜNSTLERIN.



WOU!
FUCK!
ES IST RECHT ANDERS HIER.



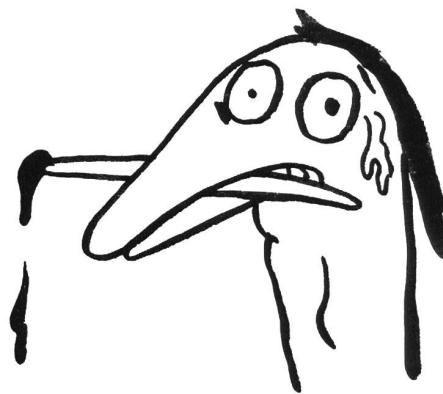
GEILER BRUTALISMUS UND
JUGENDSTIL OHNE ENDE,
AM ENDE.



ZWEI FLÜSSE
FLIESSEN HIER ZUSAMMEN,
SAVA UND DONAU.



KORRUPTER POLITIK,
AUSGEHÖLTER
DEMOKRATIE UND KEINE FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG.





WAS
MACHE
ICH HIER
EIGENTLICH?



MEINEN IMPULSEN FOLGEN.



NEUE
FREUNDE FINDEN.



SÜCHTIG
WERDEN
NACH DEM
DSCHUNDEL
HIER.



HATSCHIC!

BISSCHEN SERBISCH LERNEN.



GESPANNT
SEIN AUF DEN
AUSNAHME-
ZUSTAND
AN DIESEM
ORT?

SVF JE U REDU!

«DIE BÜRGERLICHEN POLITISIEREN AM VOLK VORBEI»

Laura Bucher kandidiert am 19. April für einen der zwei verbleibenden St.Galler Regierungsratssitze. Sie tritt gegen Michael Götte (SVP) und Beat Tinner (FDP) an. Im Interview spricht Bucher über intakte Wahlchancen, ein stabiles Gesundheitssystem, Corona und die jüngsten Stimmenverluste ihrer Partei. Interview: Roman Hertler, Bild: Tine Edel



«Nur eine Frau in der Regierung, das ist keine angemessene Vertretung»: Laura Bucher.

Saiten: Die Welt funktioniert im Moment im Krisenmodus. Was bedeutet das Virus für Ihren Regierungsrats-Wahlkampf?

Laura Bucher: Im Moment denkt niemand – ich am allerwenigsten – zuerst an den Wahlkampf, was ich absolut nachvollziehen kann. Jetzt ist natürlich viel Behördenarbeit gefordert. Die Frage ist jetzt halt, wie der Wahlkampf abläuft, wenn man nicht zu den Leuten hingehen kann, sich nicht direkt mit ihnen austauschen kann.

Gerade das schwierige Gesundheitsdepartement, das die Bürgerlichen in der Regel gerne der SP überlassen, ist jetzt besonders gefordert. Welches wäre denn Ihr Wunschdepartement?

Natürlich bringt jedes Departement spannende Herausforderungen mit sich, und ich würde mich auch in der aktuellen Situation mit Freude in die Dossiers einarbeiten – egal in welchem Departement.

Die Führung des Gesundheitsdepartements stellt man sich aber doch angesichts des Virus-Lockdowns nicht unbedingt als Traumjob vor.

In der Corona-Krise sind alle Mitglieder der Regierung gefordert und nicht bloss das Gesundheitsdepartement. Ich weiss, dass die bestehenden Strukturen funktionieren und in der Verwaltung überall kompetente Fachleute arbeiten. Darum bin ich überzeugt, dass wir die Situation meistern können.

Was würden Sie der Bevölkerung sagen? Was braucht es jetzt? Was müssen die Behörden tun?

Es braucht jetzt eine ganz klare Kommunikation, damit die allgemeine Verunsicherung nicht noch grösser wird. Der Regierungsrat muss klar sagen, was gilt. Ausserdem muss er vermitteln, dass er alles im Griff hat und dass alles gut kommt, wenn sich die Leute an die Weisungen der Behörden halten. Und schliesslich muss man an die Solidarität appellieren: Vorgaben einhalten und sich gegenseitig helfen, etwa sich in der Nachbarschaftshilfe betätigen, Kinderhütendienste organisieren usw. Auch die Wirtschaft und vor allem auch die Kultur müssen jetzt gestützt werden. Auch auf lange Sicht. Die Standortattraktivität hängt nicht nur von tiefen Steuern ab. Die Leute ziehen da hin, wo auch kulturell etwas geboten wird. Wenn all die kleinen Kulturbetriebe zugingen und freie Künstler nicht mehr existieren könnten, ginge im Kanton langfristig sehr viel verloren. Und was mir auch ein Anliegen ist: allen Leuten, die im Ge-

sundheitswesen, im öffentlichen Dienst, in den Läden bis zur Erschöpfung weiterarbeiten, von ganzem Herzen danke zu sagen für ihren Einsatz!

Was macht das Virus mit der Gesellschaft? Bringt es die Menschen trotz räumlicher Distanz näher zusammen oder kehrt es nur die hässlichen Egoismen hervor?

Ich bin sehr optimistisch, beispielsweise wenn man sich in den Sozialen Medien umschaute. Da werden bereits diverse Hilfsangebote organisiert und koordiniert. In meinem Quartier in St.Margrethen haben sich am Freitagnachmittag, als bekannt wurde, dass die Schulen geschlossen werden, bereits einige Eltern zusammengetan, um Hütendienste zu organisieren. Ich glaube nicht, dass es jetzt zur grossen Abschottung kommt, eher im Gegenteil, es schweisst die Menschen zusammen und weckt die Solidarität.

Die ersten Hamsterkäufe zeigen aber auch ein anderes Bild.

Ja, leider. Es ist aber auch eine Realität, dass sich viele Haushalte mitten im Monat gar keine solchen Grosseinkäufe leisten können. Auch hier ist Solidarität gefordert. Die Situation wird sich beruhigen. Nach dem ersten Schock wird sich das mit den Hamsterkäufen erledigen.

Welche politischen Themen dürfen jetzt im Kanton St.Gallen nicht vergessen gehen?

Die Spitaldebatte erhält jetzt natürlich eine neue Dimension. Auch in der Krisenzeit muss der Strategieprozess weiterverfolgt werden. Unser Spitalsystem muss auch in solchen Situationen funktionieren können.

Ist es überhaupt realistisch, sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten? Es gibt auch Stimmen, die sagen, das Virus dürfe die Spitaldebatte jetzt nicht beeinflussen.

Diese Haltung ist einfach nur verantwortungslos. Das System muss mit Reserven ausgestaltet sein, damit man die entsprechenden Krisenstrukturen aufbauen kann, wenn man sie benötigt. Der heutige Vorschlag für die Spitalstrategie sieht ein System am äussersten Limit vor. Man sollte aber meiner Meinung nach nicht mit einer konstanten Belegung von 95 Prozent oder darüber rechnen, sondern gewisse Reserven einplanen, um flexibel zu bleiben. Der Erhalt der dezentralen Strukturen sichert eine vernünftige Zahl stationärer Betten und – was genauso wichtig ist – genügend gut ausgebildete Ärztinnen, Ärzte und Pflegefachpersonen.

Sie sind also gegen Spitalschliessungen?

Ich bin vor allem dafür, dass nebst betriebswirtschaftlichen auch volkswirtschaftliche Perspektiven in die Debatte einbezogen werden. Es braucht die Erkenntnis, dass der Wettbewerb als Primat zur Gesundheitskostensenkung falsch ist. Das hat sich ja gezeigt: Mehr Wettbewerb hat keine Kostenreduktion gebracht, wie von den Bürgerlichen versprochen. Das Gesundheitswesen muss endlich wieder als Service Public gedacht werden. Im Zentrum müssen die Patientinnen und Patienten und die Qualität der Versorgung stehen, nicht die Kosten.

Müsste der Kanton also mehr finanzielle Verantwortung für die Gesundheitsversorgung übernehmen, sprich: mehr Geld in die Hand nehmen?

Ja.

Was droht im Virengetöse kantonspolitisch unterzugehen?

Die Klimadebatte rückt komplett in den Hintergrund. Die Erderwärmung bleibt aber mittel- und langfristig unser drängendstes Problem. Die Bürgerlichen haben die Klimadebatte und Entscheide zum Energiegesetz in der letzten Session vor den Wahlen erfolgreich abgeblockt. Der Umstieg – weg von fossilen Energieträgern – könnte im Gebäudebereich beginnen. Es braucht aber auch eine Stärkung des öV und des Langsamverkehrs.

Die FDP um Kantonsrat und Regierungsratskandidat Beat Tinner war es, die die Verschiebung des umstrittenen «Heizungsartikels» durchgeboxt hat.

Ja, in der letzten Session haben gewisse Herren – man muss wirklich betonen, dass es sich dabei praktisch ausschliesslich um Männer handelt – bewiesen, dass sie nicht willens sind, konsequente Massnahmen zu ergreifen. Viele sehen die Klimadebatte immer noch als Hysterie und Hype. Sie gewichten die Interessen der Hauseigentümer höher als die Interessen der Umwelt und die Zukunft unserer Kinder. Wir müssen unsere Ressourcen schonen und den CO₂-Ausstoss drastisch und rasch senken. Die Entscheide, die das Parlament in der neuen Legislatur treffen muss, werden entscheidend sein für das Leben der zukünftigen Generation.

Die Macht der bürgerlichen Verbände im heterogenen Kanton St.Gallen ist historisch bedingt. Ist das ein Problem?

Bei uns im Kantonsrat werden die Kommissionen manchmal sehr einseitig be-

Kulturlandsgemeinde 2020 **FESTIVAL**

Samstag 2. Mai und Sonntag 3. Mai 2020
Zeughaus Teufen

alles bleibt anders

Change! Aufbruch! Veränderung!
Die Welt ist im Wandel – und wir mit ihr!?
Woran halten wir fest?
Wie gestalten wir Wandel mit?
**Was können wir von Wendepunkten in
der Geschichte für die Zukunft lernen?**
Wohin brechen wir auf?

Die Kulturland

ABGESAGT

Transformation.
Werten, Gebärden und Gedanken.

mit **Graziella Contratto** • Noldi Alder • Amnesty
International Sektion Schweiz • Iris Betschart •
Nikki Böhler • Peter Brunner • Arnd Bünker •
Christian Buck • Café des Signes • Ann Katrin
Cooper • François Cauderay • Pamela Dürr •
Regula Engeler • Danielle Fend-Strahm • Tobias
Fend • Kurt Forster und dem St. Galler Perma-
kultur-Stammtisch • Mäddel Fuchs • Béatrice
Gmünder • Nicole Heimgartner • Freddy Gaffa
vertreten durch seine Neffen • Gilgi Guggen-
heim • Hao Hohl-Yu • Annette Hug • Sonja Laca-
va • Lucas Niggli • Paulina • Franziska Ryser •
Philipp Schaufelberger • Florian Wagner •
Walter Wagner • Kristine Walther • Sabeth
Weibel • Christian Wolfarth • Raphael Zahnd



kulturlandsgemeinde.ch

Genossenschaft
Kulturlandsgemeinde
Appenzell Ausserrhodan

Kulturhaus
Appenzell Ausserrhodan

Ausserrhodische
KULTUR
STIFTUNG

Metrohm
Neuwald Stiftung

GEMEINDE TEUFEN

Take care!

Palace St.Gallen

setzt. Beim Energiegesetz war die Übervertretung des Hauseigentümergebietes in der vorberatenden Kommission augenscheinlich. Es zeigt sich aber auch andernorts. Bei verkehrspolitischen Themen ist immer auch die Auto- und die Strassenlobby involviert. Bei der Revision des Baugesetzes haben die Landwirtschaft und – wiederum – vor allem der Hauseigentümergebietes mitgemischt. Hier politisiert gerade die FDP meiner Meinung nach immer wieder am Volk und an ihrer eigenen Parteibasis vorbei.

Welche Probleme gibt es sonst noch im Kanton?

Aufholbedarf gibt es auch bei der Gleichstellung. Wir hatten bisher nur eine Frau in der Regierung, das ist keine angemessene Vertretung. Das ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Es braucht auch in Kaderpositionen in Wirtschaft und Verwaltung unbedingt mehr Frauen. Wir kämpfen in der Region immer noch mit veralteten Rollenbildern. Viele Familien bekunden zudem Probleme mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Was würden Sie dagegen unternehmen?

Es gibt noch zu wenig Kinderbetreuungsplätze und die vorhandenen sind oft zu teuer. Es braucht ein flächendeckendes Angebot im Kanton. Viele Gemeinden, vor allem die urbaneren, sind zwar schon gut unterwegs, aber auf dem Land gibt es Nachholbedarf. Der Kanton muss sich hier unbedingt mehr engagieren. Es braucht mindestens einen Vaterschaftsurlaub, noch besser eine Elternzeit. Und Care-Arbeit muss endlich die verdiente Anerkennung erhalten.

Hat auch die Sozialdemokratie ein Anerkennungsproblem? Die jüngsten Wahlergebnisse in St.Gallen oder im Thurgau verheissen für die SP nichts Gutes.

Das ist vor allem ein Wahrnehmungsproblem. Jene, die sich Sorgen um die Umwelt machen, wählen aktuell lieber das grüne Original. Uns ist es in den Wahlkämpfen möglicherweise zu wenig gelungen aufzuzeigen, dass auch wir uns seit je für grüne Anliegen einsetzen.

Trotzdem: Die Arbeiterbasis hat die SP längst an die SVP verloren. Bei den Wählern haben linke Anliegen einen schweren Stand.

Das sehe ich anders, ich schaue lieber in die Zukunft. Gerade mit der Klimajugend und dem Frauenstreik hat sich gezeigt, dass es neuere Bewegungen gibt, die sich stark mit sozialdemokratischen

Themen auseinandersetzen. Es ist zudem die SP, die sich auf dem bilateralen Weg mit der EU immer für den Schutz der Schweizer Löhne und Renten und damit für den Schutz der Arbeitnehmenden eingesetzt hat und das auch weiterhin tun wird. Gerade bei den Lohnkontrollen hat auch der Kanton St.Gallen noch Aufholbedarf. Die jüngsten Bewegungen zeigen, dass linke Anliegen nicht in der Krise stecken. Realpolitisch gesehen befinden sich die rechten Parteien im Sinkflug. Und im Kantonsrat haben die links-grünen Fraktionen aufgeholt. Das Parlament ist insgesamt linker geworden. Die rechte Mehrheit im Parlament wurde aufgehoben und das Volk hat ein klares Zeichen für mehr ökologische Verantwortung gesetzt. Rein auf unsere Wählerprozentage abzustellen, greift also zu kurz.

Die Grünen haben die letzten Wahlen klar gewonnen. Was passiert mit linken Anliegen, sollte die grüne Welle in dieser Legislatur wieder abebben?

Die rechtsbürgerliche Politik geht am Volk vorbei, sie basiert allein auf Partikularinteressen. Zu wenige nehmen Klima- und Gleichstellungsfragen ernst. Ja, wir haben Sitze verloren, auch infolge von Majorzpech. Dafür ist das Parlament jetzt aber jünger und weiblicher. Die SP schwächelt aber nicht, im Gegenteil. Entscheidend bleibt, dass Links-Grün auf Kosten der Bürgerlichen zugelegt haben.

Das allgemeine Interesse am gesellschaftlichen Miteinander und also auch an der Politik scheint wenig vorhanden zu sein. Nur ein Drittel geht überhaupt wählen.

Zu viele Leute fühlen sich – oft zu Recht – nicht abgeholt und denken, «die Politiker machen ja eh, was sie wollen». Wir müssen wieder näher zu den Leuten hin und sie fragen, was sie wollen. Und diese Wünsche müssen wir direkt ins Parlament tragen. Die breiten Bewegungen der Strasse müssen ihre Stimmen jetzt auch politisch einbringen.

Alle Politiker sagen, man müsse näher zu den Leuten hin. Ebenso sagen alle Politiker im Wahlkampf, sie seien bei den Leuten. Welche Sorgen der Menschen wurden Ihnen im bisherigen Wahlkampf zugetragen?

Ich habe immer wieder die Geschichte meiner Grosseltern erzählt, die aus Italien hierher gekommen sind, sich hier mit harter Arbeit eine Existenz aufgebaut haben und Diskriminierung erlebt haben. Solche Geschichten kennen praktisch alle Menschen mit Migrati-

onshintergrund. Ich habe mit vielen Leuten gesprochen, die sehr hart arbeiten, aber trotzdem kaum von ihrem Lohn leben können. Auch haben viele Menschen Angst um ihre Renten. Und noch immer gibt es Menschen, die unter schlimmsten Arbeitsbedingungen leiden. Jugendliche haben mir oft gesagt, dass sie den verschwenderischen Umgang der älteren Generationen mit unseren Ressourcen nicht verstehen können. Und ich habe auch viele Frauen getroffen, die von der täglichen Doppel- und Dreifachbelastung mit Familie, Beruf und Care-Arbeit sehr erschöpft sind.

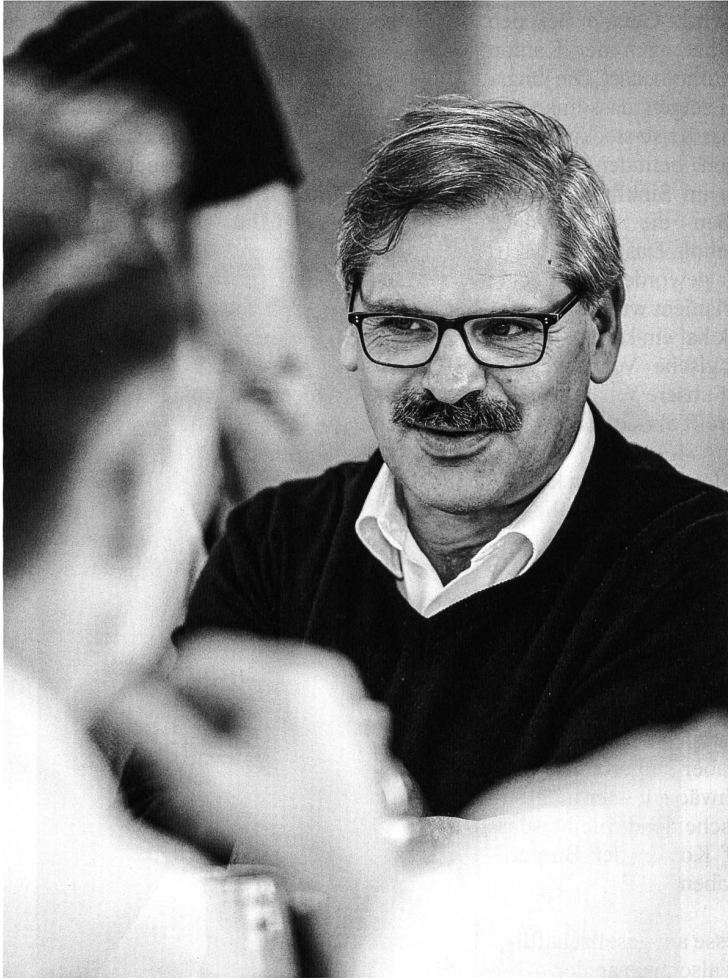
Wie schätzen Sie Ihre Wahlchancen am 19. April ein?

Die Chancen sind intakt. Eine Kandidatur aus dem linken Lager ist aber immer auf besonders viel Engagement und Überzeugungsarbeit von einer breiten Basis angewiesen. Das Ziel ist klar: Es braucht eine zweite Frau im Regierungsrat. Dafür braucht es jede einzelne Stimme.

Laura Bucher, 1984, wohnt mit ihrer Familie in St.Margrethen. Sie ist Gerichtsschreiberin am Bundesverwaltungsgericht in St.Gallen. Seit 2010 politisiert sie für die SP im Kantonsrat, seit Herbst 2019 leitet sie gemeinsam mit Bettina Surber das Co-Präsidium der Fraktion. Im ersten Wahlgang für die St.Galler Regierung vom 8. März verfehlte sie hinter Michael Götte (SVP) und Beat Tinner (FDP) das absolute Mehr. Der zweite Wahlgang findet am 19. April statt, wegen des Coronavirus ausschliesslich mit brieflicher Stimmabgabe.

«ES BRAUCHT WIEDER MEHR POLITISCHE KULTUR»

Ende März geht Werner Binotto als St.Galler Kantonsbaumeister nach 14 Jahren in Pension. Im Interview mit Saiten widerspricht er den Vorwürfen, der Kanton nehme mit seinen Liegenschaften in der Hauptstadt zu wenig Rücksicht auf lokale Bedürfnisse. Interview: René Hornung



«Der Kanton hat natürlich eigene Interessen»: Werner Binotto (Bild: Hochbauamt)

Saiten: Vor ein paar Wochen hat die städtische SP mit der «Stadtstrategie 2024» auf die vielen Liegenschaften aufmerksam gemacht, die der Kanton in der Stadt St.Gallen besitzt oder nutzt und bei denen mittelfristig Veränderungen bevorstehen. Der Kanton nehme bei seinen Projekten wenig Rücksicht auf städtische Bedürfnisse, hiess es da. Was sagen Sie zu dieser Kritik?

Werner Binotto: Die kantonale Liegenschaftspolitik hat eine Vorgeschichte. Als wir bei meinem Amtsantritt Grundstücke für kantonale Bauten suchten, verkaufte uns niemand etwas. Private versprachen sich von Investoren höhere Erlöse und die Stadt – aber nicht nur sie – reservierte ihre Grundstücke für eigene Bedürfnisse oder Industrieansiedlungen usw. Tatsächlich lässt sich über eine kantonale Institution kein Steuersubstrat generieren. Es war notwendig, dass der Kanton selber zum

Player auf dem städtischen Liegenschaftsmarkt wurde. Wir konnten unter anderem das Güterbahnhofareal erwerben, die Lokremise, das «Montana» neben der Fachhochschule, die ehemalige Armstrong-Fabrik in Winkeln, die Hauptpost. Als Kanton haben wir in der Stadt viele Büros und Einrichtungen und ein entsprechend grosses Interesse am Standort. Die Stadt selber war damals, soweit ich das beurteilen kann, mit eigenen Liegenschaftskäufen nicht sehr aktiv.

Gab es da keine Kritik?

Doch, doch. Einige Politiker haben gesagt, wir seien ja verrückt, so viele Grundstücke und Gebäude zu kaufen. Aber schauen wir die heutigen Werte an! Die liegen bereits bei einem Vielfachen der Kaufpreise. Und der Kanton kann nun als Player am Markt auftreten und

aktiv auf die Entwicklung Einfluss nehmen. Etwa beim künftigen Uni-Campus am Platztor: Dort konnten wir mit der Stadt ein Tauschgeschäft machen – sie bekommt einen Teil des Güterbahnhofareals, wir das Platztor-Areal.

Spricht der Kanton mit der Stadt über die Nutzung der noch freien Areale?

Wir sind seit langem mit der Stadt im engen Kontakt. Sie weiss, welche Überlegungen sich der Kanton macht. Denn wir sind uns bewusst, dass wir zum Beispiel mit der Fachhochschule und ihrer zentralen Lage am Bahnhof städtebauliche Bedeutung haben. Dem haben wir aber auch immer Rechnung getragen. Das Hochbauamt hat eine Strategie, die bekannt ist, die aber nicht von der Regierung beschlossen und deshalb als Leitidee zu verstehen ist. Allerdings haben wir die Stadt nicht ge-

fragt, ob wir das eine oder andere Gebiet kaufen dürfen.

Beim Projekt «Bibliothek Union» spannen Stadt und Kanton nun erstmals zusammen.

Ja, auf Initiative des Kantons, der auf die Helvetia Versicherungen und auf die Stadt zugegangen ist. Und auch dahinter steckt für den Kanton eine Strategie: Wenn die Bibliothek aus der Hauptpost auszieht, gibt es neue Nutzungsmöglichkeiten für diverse Gebäude in der Stadt. Zum Beispiel für das Vadiana-Gebäude oder für die Hauptpost, die für öffentliche Nutzungen im Erdgeschoss und Bildungseinrichtungen in den Obergeschossen prädestiniert wäre. Die Fachhochschule braucht aber dringend auch eine Erweiterung am Bahnhof Nord.

Auf dem Areal Bahnhof Nord tut sich aber voraussichtlich noch lange nichts.

Brachen in einer Stadt wie diese, oder auch der Güterbahnhof, sind eine Chance für die nächste Generation. Ich kann mit dem SBB-Parkplatz am Bahnhof Nord gut leben. Unsere Nachfolger haben damit eine Chance, selber etwas zu entwickeln. Wer weiss, welche Bedürfnisse es in 20 Jahren geben wird. Ich finde es gut, dass gewisse Areale der spekulativen Bauwut der heutigen Konsumentengesellschaft entzogen werden.

Dann war der aufwendige Partizipationsprozess dort vorerst für nichts?

Diese Prozesse sind in den Städten und Dörfern wichtig, es geht dabei um das unmittelbare Lebensumfeld der Bewohnerinnen und Bewohner. Partizipation der Bürger gab es hierzulande schon immer und sie hat immer funktioniert, wenn auch auf anderen Ebenen. Wenn aber primär Nachbarn mitdiskutieren, dann kommen wir kaum zu einem vernünftigen Resultat. Es braucht wieder mehr politische Kultur, mehr Bürgerinnen und Bürger mit Verantwortungssinn, nicht nur Interessensvertreter, die das Wachstum im Blick haben.

Sind Sie denn unglücklich mit dem Resultat des partizipativen Planungsprozesses fürs Areal Bahnhof Nord?

Vieles ist im Grundsatz richtig. Ein so grosses Areal muss für die Öffentlichkeit zugänglich bleiben, und es braucht Angebote, auch Gastronomie. Über den Ort des vorgeschlagenen Platzes muss man wohl nochmals reden. Der vorgesehene Schulhausbau liegt für den Kanton an einem eher ungünstigen Ort. Und dass darüber auch noch wenige Wohnungen gebaut werden sollen, habe ich

schon früher kritisiert. Stadtplanung ist heute stark auf die Bedürfnisse privater Investoren ausgerichtet. Dabei gehen neben der Wirtschaftlichkeit viele gesellschaftspolitische Aspekte verloren. Interessanterweise wurden diese auch im Nachgang kaum besprochen, obwohl es Projekte mit alternativen Ansätzen gegeben hätte.

Hat der Kanton andere Interessen?

Er hat natürlich eigene Interessen. Bisher galt, dass die Öffentliche Hand keine Aufgaben übernehmen soll, die von privaten Investoren erledigt werden können. Am Bahnhof Nord würde laut dem Planungsergebnis der Kanton mit Privaten zwangsverheiratet, was für die öffentliche Hand bisher nie wirklich vorteilhaft war. Es wären entsprechende politische Entscheide nötig, die eine neue Bewirtschaftung der kantonalen Liegenschaften ermöglichen. Die Politik sollte aber strategische Ziele verfolgen und sich weniger ins Operative einmischen.

Ist diese Einmischung nicht verständlich?

Die Stadtpolitik ist doch ganz nah dran.

Natürlich ist das verständlich, aber wir reden nicht von städtischen Liegenschaften. Ausserdem bezweifle ich eine bessere Qualität, wenn die Politik über die Architektur eines Haus entscheidet. Es wird alles schwerfällig. Das fördert Leerläufe. In den Hochbauämtern werden dann x Varianten ausgearbeitet, auch ganz utopische. Das ist viel zu aufwendig. Deshalb soll sich die Politik auf die strategische Ebene konzentrieren, dort dann aber auch Entscheide fällen.

Trotzdem interessiert die Zukunft konkreter Gebäude. Etwa der Notrufzentrale von Calatrava an der Moosbruggstrasse beim Spisertor. Die wird ja gelegentlich frei.

Hat der Kanton für diesen Raum schon Pläne?

Wenn längerfristig die Polizei und Teile der Justiz aufs Armstrong-Areal nach Winkeln umziehen, dann wird das zuerst einmal für Winkeln eine enorme Bedeutung haben. Ich sehe das als Chance für Winkeln. Was aus der heutigen Notrufzentrale wird, ist noch offen. Und was die vielen anderen Büros des Kantons im Stadtzentrum betrifft, so gab es Zeiten, da wäre die Stadt froh gewesen, wir hätten sie möglichst rasch wieder als Wohnraum freigegeben. Das ist wohl auch in der Zukunft nicht schlecht.

Ein anderes Grossprojekt des Kantons in der Stadt ist die Sanierung der Gewerbeschule Riethüsli für 111 Millionen. Ist es sinnvoll,

dieses Haus total zu sanieren und zu erweitern, an diesem peripheren Standort, der sehr viele Personentransporte generiert?

Was die Energiebilanz inklusive Fahrten der Schüler oder Studierenden betrifft, so kann keine überregionale Schule glänzen. Man müsste ein Internatssystem – und damit einen anderen Schulbetrieb – einführen, damit die Transporte markant zurückgehen. Aber das Riethüsli-Schulhaus ist ja gut erschlossen, auch wenn es etwas weiter weg vom Bahnhof liegt, wo die meisten Schüler ankommen. Ich ging selber dort zur Schule und kam auch nach den Abendkursen immer noch nach Altstätten. Vor allem steckt in einem solchen Schulhaus so viel graue Energie, dass wir es nicht nach 40 Jahren abrechnen können. Wir müssen es allein deshalb weiter nutzen.

Werner Binotto, 1957, war von September 2006 bis Ende März 2020 St.Galler Kantonsbaumeister. Er ist in Altstätten aufgewachsen und wohnt bis heute dort – in einem Holzhaus hoch über dem Talboden. Nach einer Hochbauzeichner-Lehre studierte er an den Kunstakademien Düsseldorf und Wien Architektur. 1986 gründete er mit Diego Gähler das St.Galler Architekturbüro Binotto + Gähler, heute Gähler Flüeler Architekten. Aus der gemeinsamen Zeit stammen unter anderem der Bibliotheksbau der Kantonsschule an der Lämmli Brunnenstrasse oder das markante Pfarreiheim St.Georgen. Nach 20 Jahren verliess Binotto das Büro nach seiner Wahl zum Kantonsbaumeister. Er ist weiterhin als Berater und Sachverständiger für mehrere Orte in Vorarlberg und in Süddeutschland tätig.